

Volkswacht

für Schlessen

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal ausser durch die Haupt-Expedition (Hauptstr. 4/6) durch die Vertriebsstellen des „Volkswacht“, Neue Grubenstraße 6 und Friedländerstr. 106, Wratiblaschke 155, sowie durch alle Auszubereiten zu beziehen. Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 6 Pf. Trägertaxi. 0,50 Rml., monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägertaxi. 2,10 Rml. Durch die Post einzeln 2.46 Rml.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Ausserlandt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Anzeigenpreis: Je Millimeter flächengleiches Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstr. 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kampf der Wirtschaftskrise

Abwehrovorschläge der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung die angekündigten Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Finanznot beschlossen.

Dass eine Partei, die sich in der Opposition befindet, in einer für die Regierung höchst unbequemen Situation mit positiven Vorschlägen zur Behebung der sachlichen Schwierigkeiten hervortritt, ist sicher sehr ungewöhnlich. Aber die Probleme, vor die sich das Land und nicht zuletzt die Arbeiterklasse gestellt sehen, sind zu gewaltig und zu folgenreicher, als sich die größte deutsche Partei auf eine ablehnende Kritik am Regierungsprogramm des Kabinetts beschränken könnte. Sie ist verpflichtet, zu sagen, wie sie sich ihrerseits die Lösung denkt, und diesem Grunde hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion Richtlinien angenommen und der Öffentlichkeit unterbreitet, in folgenden kurz erörtert werden sollen.

Um von vornherein Missverständnisse auszuschalten, ist der eigentliche Zweck der Vorschläge hervorzuheben, handelt es sich in erster Linie um eine Verständigung innerhalb der sozialdemokratischen Reihen und um einen Wegweiser für alle, die sich innerhalb und außerhalb des Parlaments mit den Fragen des Kabinetts Brünings auseinandersetzen haben. Handelt es sich nicht um den Versuch, die Plattform für eine neue Koalitionsregierung oder für eine Erweiterung der Plattform gegenwärtigen zu schaffen. Wäre das die Absicht gewesen, hätten wir auf die Formulierung einer Reihe von Forderungen verzichten müssen, von denen wir überzeugt sind, daß sie keiner der bürgerlichen Parteien Gegenliebe finden werden. Auf der anderen Seite stellen wir aber auch kein eigentlich politisches Programm auf. Eine dringende Gegenwartsaufgabe erheischt im Interesse der Arbeiterklasse eine schnelle Lösung. Die Sozialdemokratie will zeigen, welche Wege sie gehen würde, wenn sie die Regierung wäre oder die Regierung entscheidend beeinflussen könnte. Die bürgerlichen Parteien würden die von Sozialdemokratie vorgezeichnete Linie freiwillig zu folgen vorziehen, ohne dadurch der sozialistischen Wirtschaftslehre ein grundlegendes Zugeständnis zu machen. Aber wir wissen zu genau, wie sie sich gegen jedes Opfer kapitalistischer Interessen sträuben, uns der Illusion hinzugeben, daß sie gemüht seien, dem Staat die Volk bedrohenden Nebel wirklich an die Wurzel zu gehen.

Die Wirtschaftskrise

Ein Ausmaß erreicht, wie nie zuvor. Die Massenarbeitslosigkeit droht zu einem Dauerzustand zu werden. Für Hunderttausende von Arbeitswilligen schwindet immer mehr die Aussicht, wieder einmal Arbeit zu bekommen. Deshalb darf man sich nicht mehr mit der Hoffnung begnügen, daß es einmal von selbst besser werde, sondern muß alle Kräfte anspannen, um die Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit möglichst rasch zu überwinden.

Auch die Unternehmer geben vor, die Gesundung der Wirtschaft zu erstreben. Tatsächlich aber wollen sie etwas ganz anderes, nämlich die jetzigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten benutzen, um ihre reaktionären Pläne durchzusetzen. Sie wollen die Löhne abbauen, die Arbeitslosenversicherung und die soziale Fürsorge aushöhlen. Dadurch würden aber wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht überwunden, sondern verschärft werden. Große Gruppen der Unternehmer wünschen sogar die Verschärfung der Wirtschaftskrise, um die Kampftrakt der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schwächen und ihnen eine verschlechterte Lebenshaltung aufzuzwingen.

Die beständige Ueberwindung der Wirtschaftskrise verlangt andere Wege.

In den Richtlinien der Sozialdemokratie sind sie im folgenden dargestellt: Durch den Ausbau des Lohnabbaus, die Ueberwindung der Massenarbeitslosigkeit, Senkung der Preise, Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und die Sicherung der sozialen Leistungen. Bei der Bekämpfung der deutschen Wirtschaftskrise führen Einzelmaßnahmen zum Ziele. Soll der Druck von der deutschen Wirtschaft genommen werden, der nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise verschärft worden ist, so müssen alle diese Maßnahmen gemeinsam getroffen werden. Im Gegensatz zur Reichsregierung und zu den bürgerlichen Parteien, die das Mittel in dem Lohnabbau und in

dem Abbau der Sozialleistungen sehen, will die Sozialdemokratie das Uebel an der Wurzel packen und die Wirtschaftskrise durch eine Reihe von zusammenhängenden Maßnahmen zu überwinden versuchen, ohne daß die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise ist aber ohne Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Reichs, der Länder und der Gemeinden undenkbar.

Ebenso wenig wie die Unternehmer die tatsächliche Ueberwindung der Wirtschaftskrise erstreben, ebenso wenig wollen sie die wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen. Je größer die Not der öffentlichen Finanzen ist, um so mehr haben sie Aussicht, die sozialen Ausgaben abzubauen, die öffentliche Wirtschaft zu zerlegen und Reich, Länder und Gemeinden in ihre Abhängigkeit zu zwingen. Diesem Ziel sollen die Forderungen der Unternehmer auf Senkung der öffentlichen Ausgaben dienen. Die Unternehmer denken nicht daran, diese Ersparnisse da zu machen, wo sie ohne Schädigung der Gesamtheit leicht möglich sind, sie denken nicht daran, die Ausgaben für Heer und Marine, für Luftfahrt und Auswärtige Angelegenheiten zu vermindern.

Die militärischen Ausgaben sollen sogar um 40 Millionen Mark erhöht werden. Statt dessen sollen die Sozial-

ausgaben auf einen Schlag um Hunderte von Millionen zusammengestrichen werden.

Auch die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Notlage Reich, Länder und Gemeinden mit äußerster Sparsamkeit wirtschaften müssen. Aber sie verlangt, daß die Einsparungen da vorgenommen werden, wo sie durchführbar sind, ohne die sozialen und kulturellen Verpflichtungen zu beeinträchtigen. Deshalb setzt sie sich für Verminderung der Wehrausgaben, für Kürzung der hohen Pensionen und für Streichung oder Hinausschiebung aller nicht unbedingt notwendigen öffentlichen Ausgaben ein.

Trotz aller Sparsamkeit wird aber die Schaffung erhöhter Einnahmen nicht zu vermeiden sein. Auch hier sind noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten vorhanden, die bisher nicht ausgenutzt worden sind. Nach wie vor hält die Sozialdemokratie an ihrer Forderung fest, daß die leistungsfähigen Schichten zur Aufbringung der nötigen Mittel in erster Linie herangezogen werden müssen. Das kann am besten geschehen durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer der höheren Einkommen. Reichen jedoch diese Mittel zur Deckung der öffentlichen Forderungen nicht aus, so kann außerdem auf eine besondere Heranziehung der nicht von der Erwerbslosigkeit bedrohten Kreise der Bevölkerung nicht verzichtet werden.

Dies sind die Maßnahmen, die die Sozialdemokratie zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und Finanznot für erforderlich hält. Sie konnten hier nur in ihren Grundzügen gewürdigt werden. Es wird Aufgabe der nächsten Wochen sein, die Vorschläge im einzelnen genauer zu erörtern.

Unsere Richtlinien

Die Richtlinien der Sozialdemokratie zur Wirtschaftskrise- und Finanzlage haben folgenden Wortlaut:

I. Die unsozialen geseggeberischen Maßnahmen der Regierung Brünings haben die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu beheben vermocht. Die von dieser Regierung aufgestellten neuen Pläne führen zu weiteren ungerechten Belastungen und bedrohen das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verminderung der Massenarbeitskraft.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, obwohl in Opposition, sieht es daher als ihre Pflicht an, geeignete Wege zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu weisen.

II.

Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern nur die Krise verschärfen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise. Durch Anwendung der Kartellverordnung und durch sofortige Herabsetzung derjenigen Preise, die lediglich der Hochhaltung der Inlandspreise dienen, sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken.

Brünings noch ohne Finanzminister

Volkspartei macht Schwierigkeiten

Die Krise der Regierung Brünings hat sich über Nacht nicht vermindert, sondern vergrößert, so daß der Optimismus des Reichskanzlers, dem Reichspräsidenten heute noch den Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister vorzuschlagen zu können, wahrscheinlich in nichts zerfallen wird. Wiederum ist es die Volkspartei, die neue Schwierigkeiten macht. Sie hat die Reichsregierung gestern in später Abendstunde wissen lassen, daß sie das Notkapital der Beamten und Gehaltbesoldeten unter allen Umständen ablehnen werde. Ueberhaupt beabsichtigt sie, von dem Zustandekommen einer Einigung über das Finanzprogramm ihr weiteres Verhalten zum Kabinett Brünings abhängig zu machen und gegebenenfalls den Reichsaußenminister Dr. Curtius aus dem Kabinett zurückzutreiben. Im Falle einer Einigung würde sie jedoch bereit sein, sich wieder mit einem zweiten Minister an der Regierung zu beteiligen.

Die von der Volkspartei gewünschte Verständigung läuft natürlich auf die einseitige Vermittlung der Unternehmerinteressen hinaus. Sie wünscht vor allem Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten. Dabei schweigt ihr der Widerspruch von Lohngebern als leuchtendes Beispiel vor.

Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß die demokratische Reichstagsfraktion sich durch eine einstimmige Annahme des Finanzministerpostens durch den Reichswirtschaftsminister Dietrich in Bezug auf die Finanzlage nicht gebunden fühlt, sondern sich freie Hand wahren werde. Danach steht die demokratische Reichstagsfraktion im Gegensatz zu der Ueberwindung des Herrn Dietrich in das Reichsfinanzministerium abzugeben.

Dabei hat der Abbau der Preise für Sanftstoffe eine besonders große Bedeutung. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zwischenhandelsgewinne, durch Befreiung der Ausnahmesteuer auf die Großhandelsgehäfte, insbesondere die Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinverkauf gesichert werden.

Die wichtigste Ausgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten. Deshalb ist die sofortige Rationalisierung der vorbereiteten Handelsverträge und des Genies Abkommens über den Zolltarif notwendig. Der Diskontsatz der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf die Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosenfürsorge und der Kleinwohnungsbau sind durch Heranziehung von Auslandsanleihen und Umwandlung der kurzfristigen Gemeindeforderungen in langfristige zu erweitern, der Kleinwohnungsbau ist zu fördern durch Bereitstellung größerer Mittel aus der Hauszinssteuer. Alle Finanzierungsmöglichkeiten für den Straßenbau sind auszunutzen, die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und das Eisenbahn- und Regeneis auszubauen.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsbeschäftigungsgesetzes unter Sicherung des Achtstundentages und härtester Einschränkung der Ueberstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angeht die fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

III.

Zur Ueberwindung der Finanznot, die durch die schwere Wirtschaftskrise entstanden ist, müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur bei einem ausgeglichenen Haushalt kann die Pflicht der Allgemeinheit zur Fürsorge für die unversicherten notwendigen Volksschichten erfüllt werden. Die sozialen Verpflichtungen des Reiches müssen unangetastet bleiben. Das gilt insbesondere von den Leistungen für die Arbeitslosen.

In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperlichkeiten unumgänglich. Ihre Pflicht. Wenn auch das finanzielle Ausmaß sofort wirklicher Ersparnisse begrenzt ist, so müssen doch die bestehenden Möglichkeiten reiflich ausgenutzt werden. Dabei dürfen Verschlechterungen in der Fürsorge für die Kriegsopter oder bei sozialpolitischen Notwendigkeiten nicht eintreten.

Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso die für den auswärtigen Dienst, für die hohen Pensionen und Gehälter und andere persönliche und sachliche Zwecke, die mit dem Ernst der Wirtschaftskrise und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Abhebeln und Wastagegeld ist das jährliche Einkommen bei Ueberziehung einer bestimmten Freigrenze anzurechnen. Wäre die Geldempfangen unter Gewährung der früheren Bezüge zur Uebernahme von zumutbarer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verpflichten. Durch alle diese Maßnahmen lassen sich erhebliche Teile des Fehlbedarfs decken. Daneben sind einige gezielte Ausgabenposten entweder gänzlich zu verschleppen oder vorübergehend durch Ueberweisung von Schuldscheinen auszugleichen.

Soweit mit diesen Mitteln eine volle Deckung des Haushaltes nicht zu erreichen ist, muß die durch den Staat zu leistende Hilfe gesichert werden. Insbesondere ist der Ueberbau des Eisenbahnsystems, die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und die Ueberwindung der Finanznot durch den Staat zu gewährleisten.

Um jeden und gerechten Sinn das Land einem allgemeinen...

Wie man durch diese Schritte zur Einheitsmeinung...

Um den Zusammenbruch der Gemeindefinanzen durch...

Wichtig abgenommen werden. Um zu vermeiden, daß wirtschaftliche...

Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reiches muß dem...

Ein Gesetz, das gegen diese Geschäftspraktiken verfährt, wird...

Wirte noch recht unwillig zu sein. Bei der Landwirtschaft...

Es wäre wahrscheinlich besser für die Landwirtschaft, wenn nicht...

Zu den vielen geschäftlichen Unternehmungen, für die das...

Zu den Maßnahmen für das Mollereiwesen erinnert man sich...

Die unter den Agrariern „Mertheim-Bokale“ genannt werden...

Schmidt gegen Schiele

Eigentümern und Diktator vor dem Reichstag

Berlin, 23. Juni.

Präsident Ebert macht bei Eröffnung der Sitzung offiziell...

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haus-

Reichsernährungsminister Schiele

leitet die Beratungen ein durch längere Ausführungen, in denen...

Der Minister begründete den Minister den Beschluß des...

Staatsregierung herbeigeführt sei. Wenn der Preussische Landtag...

Der Minister schloß mit der Erklärung, daß sich die...

Abg. Schmidt-Römpel (Soz.):

Einer Reichsregierung, die kein Geld hat für die Arbeits-

Wann kommen die Landwirte endlich zur gemeinsamen...

Durch politische Maßnahmen wird nichts erreicht, das sollte...

Quittung nach Verdienst

Die Sächsische Volkspartei im Urteil der bürgerlichen Presse

In allen Betrachtungen der Berliner Presse über den...

Sie hat sich in Thüringen mit den Nationalsozialisten ver-

Die Presse der Demokraten und des Zentrum rechnet der...

Ueberhaupt hat sich die bürgerliche Presse — abgesehen von...

lage der alten bürgerlichen Parteien ist eben von jenem Aus-

In der Regierungsfrage herrscht in der gesamten bürger-

Der Gesamteindruck, den die bürgerliche Presse nach der...

Sächsischer Landtag am 8. Juli?

Dresden, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Eine Entscheidung darüber, wann der neue Landtag zu-

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

41 (Nachdruck verboten!)

Der Grilbelnde ärgerte sich einen Augenblick über seine...

Dr. Presser schüttelte unmutig den Kopf, Hingelte und...

Am demselben Abend ging Dr. Presser in den Opernklub...

dann nach Wien und von dort aus nach Berlin gegangen. Bald...

So wenig er sich schonte, so wenig schonte er seine Mitarbeiter...

An diese Worte mußte Dr. Presser lange denken. Sag hier...

mit ihm von Berufs wegen bereits häufiger zusammengekommen...

Haben Sie die beiden Hauptpersonen schon gesehen?

„Ach, du lieber Himmel,“ rief Dr. Presser aus, „als ob...

„So wie ich Wieringer kenne, wird er die Wahrheit sagen,“...

„Glauben Sie, daß Wieringer laubdig ist?“

„Wieringer wiegt leicht den Kopf. Ich möchte wader, ja...“

Frankreichs Militärmilliarden

Renouvel gegen die Rüstungspolitik seines Landes

Paris, 23. Juni (Eigener Drahtbericht).

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel protestiert im „Populaire“ gegen die ungeheure wachsenden Militärausgaben Frankreichs.

Zehr Jahre lang — so erklärt Renaudel — habe man im Budget alljährlich hunderte von Millionen für laufende Armeekosten verausgabt. Vor kurzem habe man 3,5 Milliarden Franken bewilligt für neue Festungsbauten. Jetzt verlange er eine neue Militärbudget, um die erschöpften Materialbestände wieder aufzufüllen. Dabei erkläre er gleichzeitig, daß im Laufe der nächsten Jahre nicht weniger als 10,5 Milliarden für die notwendigen Ergänzungen der französischen Rüstungen erforderlich seien. Man müsse sich fragen, wo diese Rüstungspolitik hinführen solle. Gewiß sei es nicht zu leugnen, daß „gewisse Diktaturen eine wahre Kriegsgelahr bedeuten“, aber deshalb könne man doch nicht vom Parlament verlangen, daß es die neuen Milliardenkredite wortlos und mit geschlossenen Augen genehmige. Schon jetzt habe sich herausgestellt, daß man der öffentlichen Meinung die Wahrheit über die Kriegsgelahr bei den Festungen in Marokko und Syrien insofern verheimlicht habe, als man die Brandschädigung der Materialbestände erst jetzt zugeht. Was habe man mit der neuen Rüstungspolitik vor? Beabsichtige man etwa nachträglich die einjährige Dienstzeit, jene teuer genug erkämpfte Reform, wieder aufzugeben? Paul Boncour sei ein in der Rüstungskommission des Völkerbundes im Namen Frankreichs für einen allgemeinen Rüstungsstillstand eingetreten. Wollte man jetzt die entgegengesetzte Politik treiben und ein neues Rüstungswettrennen aufnehmen, das unfehlbar zu einem schlimmen Ende führen müsse? Die Furcht vor dem italienischen Faschismus scheine nicht nur für die französische Rüstungspolitik, sondern auch für die französische Außenpolitik der einzig bestimmende Faktor geworden zu sein.

Die Möglichkeit eines monarchistischen Staatsreiches in Ungarn — so schließt Renaudel — werde namentlich von den bürgerlichen Blättern in Paris genau so wohlwollend behandelt, wie die Rückkehr Karls nach Rumänien. Die nationalsozialistische „Liberté“ bringe es sogar in paradoxem Widerspruch zu ihrer sonstigen völkerbund- und völkervereinlichenden Politik fertig, den Regierungen von Prag, Belgrad und Bukarest die wohlmeinende Warnung zu erteilen, daß sie gegen den Kellogg-Pakt verstießen, wenn sie gegen Ungarn mobil machen würden.

Saarverhandlungen werden vertagt

Die Pariser Saarverhandlungen, die vor neun Monaten begonnen wurden, ohne daß bisher ein irgendwie nennenswertes Ergebnis zustande gekommen wäre, gehen wieder einmal vor einer Vertagung. Die Verhandlungen werden schon in den nächsten Tagen auf längere Zeit unterbrochen werden, damit in der Zwischenzeit neue, erfolgversprechendere Ausgangspunkte für ihre Wiederaufnahme gewonnen werden können.

Die ungarische Königsmacherei

Die Regierung „weiß nichts“ davon

Sofia, 24. Juni. (Eigener Funkbericht.)

In den letzten Tagen verdichteten sich die Gerüchte, daß der ehemalige König der Bulgaren, Ferdinand, in Kürze nach Warna zurückkehren werde. Die Montagsblätter melden dazu aus der bulgarischen Hauptstadt, daß in dem Warten auf seine bereits große Vorbereitungen zum Empfang des alten Koburgers getroffen würden. Die Regierung dementiert diese Nachricht und tut so, als ob sie von nichts wisse. Auffällig bleiben jedoch u. a. die Bemühungen eines Teils der bürgerlichen Presse, für die Rückkehr Ferdinands öffentlich Stimmung zu machen. Sie betonen, daß diese Rückkehr nur familiären Charakter tragen würde. Ferdinand habe Bulgarien freiwillig verlassen und der Friedensvertrag verwehre ihm keineswegs einen Besuch oder gar den dauernden Aufenthalt im Lande.

Der sozialistische „Marso“ schreibt zu der Angelegenheit: Ferdinand möge bleiben, wo er zurzeit ist. Das Volk liebe ihn nicht und wünsche ihn nicht. Es wolle mit seinen Nachbarn in Frieden leben, und wer das wolle, müsse gegen die Rückkehr des Koburgers sein.

Der „Offiziersaufmarsch“ gegen den Sejm

Soeben ist der Bericht des Sejmausschusses veröffentlicht worden, der die Unternehmung des sensationellen Aufstiegs der Offiziere am 31. Oktober 1929 durchgeführt hat. Bekanntlich erschien damals eine große Anzahl von bewaffneten Offizieren in der Vorhalle des Sejms, was den Sejmabgeordneten zur Vertagung der Sejmung veranlaßte. Das Ergebnis der Unternehmung ist insofern interessant, als die feinerste abgegebene Erklärung Bilinski als Kriegsminister, die Offiziere seien unbewaffnet gewesen und hätten im Sejmgebäude keinerlei Gewalttaten verübt, sowie daß ihre Zahl weniger als 50 betragen hätte, widerlegt werden. Zunächst handelt es sich um mehr als 100 Offiziere. Ferner ist festgestellt worden, daß die Offiziere bewaffnet waren und von einem nicht ermittelten höheren Stelle den Wink erhalten hatten, sich auf alle Fälle in den Sejm zu begeben, weil Bilinski in der Sitzung auftreten werde. Tugend einen Hinweis auf Umsturzpläne der Offiziere hat die Unternehmung allerdings nicht zutage gefördert.

Ein Heberfall auf den Sejm-abgeordneten Genossen Ciolosz

Die „Gazeta Robotnica“ teilt mit, daß auf den Sejmabgeordneten, Genossen Ciolosz, am vergangenen Mittwoch ein Heberfall verübt wurde. Als Genosse Ciolosz dem Wirtshaus Schnellzug in Krakau entstieg, tauchten plötzlich zwei Banditen vor ihm auf und zwar Czuma und Wajnski und schlugen auf den Ahnungslosen mit ihren Knütteln ein, so daß Genosse Ciolosz Blut über den Kopf lief. Auf dem Veron befanden sich nur wenig Personen, weil sich der Heberfall in den Morgenstunden abspielte. Als die Banditen flüchten wollten, wurden sie von den Eisenbahnerangehörigen und der Polizei überholt. Beide gehörten dem Genossenschaftsverband an und Czuma ist noch aus dem Sowjetkommunistenregister bekannt, als er seine früheren Genossen der Polizei auslieferte. Heute arbeitet Czuma in der polnischen Geheimpolizei.

Genosse Ciolosz kamt aus dem Dambrower Kohlengebiet und wurde hier auch zum Sejmabgeordneten gewählt.

Chamberlain Vorkämpfer der Konservativen Partei

Am Abend der heute beginnenden Konferenz der konservativen Parteifunktionen ist der frühere Außenminister Chamberlain zum Vorkämpfer der konservativen Parteifunktionen ernannt worden. Der bisherige Vorkämpfer der konservativen Partei, Davidson, ist vor wenigen Wochen von seinem Amte zurückgetreten.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in U.S.A.

Herabsetzung der Einwanderungsquote beantragt

Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des Repräsentantenhauses, Johnson, hat, wie Associated Press aus Washington meldet, einen Antrag eingebracht, nachdem die Einwanderungsquoten für das Fiskaljahr 1931 um 50 Prozent herabgesetzt werden sollen. Der Antrag soll ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein.

Generalstreik in Sevilla

Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden

Wie von der spanischen Grenze berichtet wird, ist am Montag in Sevilla der Generalstreik proklamiert worden. Dabei kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen. Die Streikenden hatten alle Straßen der Stadt mit Mägen besät, um jeden Verkehr unmöglich zu machen. Einige Straßenbahnwagen, die das Depot verlassen hatten, wurden mit Steinwürfen empfangen und umgeworfen. Alle Läden der Stadt mußten geschlossen bleiben. Einige Bäder aus den Vororten, die in Sevilla Brot verkaufen wollten, wurden aus der Stadt gejagt. Auf dem Hauptplatz kam es zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen Polizei und Streikenden wobei zwei Kinder verletzt wurden. Erst nach mehreren Vorstößen gelang es der Polizei, den Platz und die umliegenden Straßen zu säubern. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Weltkraftkonferenz

Die Weltkraftkonferenz beschäftigte sich am Montag mit der aktuellen Frage der Rundfunkstörungen durch elektrische Anlagen, wobei es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kam. Nach einer Mitteilung der Englischen Sendegesellschaft sind 50 Prozent aller Rundfunkstörungen auf Motoren und andere elektrische Geräte zurückzuführen.

Von französischer Seite wurde betont, daß sich der Einbau von Störungsbehebungen in Frankreich nicht bewährt habe; so gebe es keine andere Möglichkeit, als Motoren und elektrische Geräte vor ihrer Installation auf Störfreiheit zu untersuchen und zu prüfen. Der deutsche Rundfunkkommissar Dr. Bredow brachte eine Entschließung ein, die die Elektrizitätswerke verpflichtet, entsprechende Maßnahmen für eine störungsfreie Rundfunkübertragung zu treffen. Gegen diese Entschließung wandte sich der Vertreter der deutschen Elektrizitätswerke, Direktor Dr. Passavant. Passavant erwartet von dem Übergang zu sehr kurzen Wellen die Beseitigung der Störungen durch elektrische Anlagen mit einem Schläge. Der Antrag Bredows bedeute eine Umwälzung in der gesamten Elektrizitätswirtschaft; vor allem bleibe die Frage offen, wer die verlangten Störungsbehebungsanlagen bezahlen soll. Es sei zunächst zu fordern, daß der Rundfunk selbst etwas mehr für eine einwandfreie Darbietung tue. Man kann annehmen, daß die Diskussion auf der Weltkraftkonferenz zu einer gemeinsamen Arbeit der beteiligten Kreise führen wird.

Der Hauptantrag beschäftigte sich mit der Frage der Energieproduktion für den Fall, daß die Kohlen- und Oellager der Erde aufgebraucht sind. Professor H. S. Eddington (England), der das Hauptreferat erhaltete, verwies dabei auf die in der Atomenergie. Darunter verstehe man jene Energie, die in der Materie gebunden ist und die dazu dient, die Aufbauelemente der Materie, also die kleinsten elektrisch geladenen Bestandteile der Atome, zusammenzuhalten. Gleichen sich diese elektrischen Ladungen gegenseitig aus, so würde die Materie zerstört und die gewaltige Energie, die sie zusammenhält, frei und verfügbar werden. Es handle sich dabei um ungeheure Energiemengen; z. B. genüge die in einem Wassertropfen enthaltene Energie, um 200 PS für ein ganzes Jahr zu erzeugen. Ein Großkraftwerk in unseren heutigen Ausmaßen verbrauche pro Jahr nur die in 30 Gramm Wasser enthaltene Energie. Wir müßten heute, so führte Professor Eddington weiter aus, daß derartige Energien tatsächlich in Freiheit gesetzt werden könnten. In der Radioaktivität hätten wir ein Beispiel dafür. Allerdings vollzöge sich hier eine Umwandlung, aber keine Vernichtung der Materie. Ein besseres Beispiel diene die Sternenergie. Es sei heute nicht mehr zweifelhaft, daß die Fixsterne ihre Energie, die sie vor dem Erlöschen bewahrt, einer derartigen Freisetzung der inneratomaren Energie der Materie verdanken. Heute fehle uns noch die Kenntnis der Bedingungen, um den Vorgang, der im Weltall im Großen verlaufe, auf der Erde im Laboratorium nachzuahmen. Was wir heute von der inneratomaren Energie wüßten, sei nur in Nebel gehüllte Erkenntnis.

Unterzeichnung des Preussisch-Bremischen Staatsvertrages

Der preussisch-bremische Staatsvertrag ist heute nachmittags im Rathaus von dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning und dem Präsidenten des Senats Bürgermeister Dr. Donandt unterzeichnet worden. An der Unterzeichnung nahmen ferner teil: Seitens des Freistaates Preußen Staatssekretär Dr. Staubinger, Ministerialdirektor Dr. Kabis, Oberpräsident Noske und Regierungspräsident Dr. Kose. Als Vertreter der Freien und Hansestadt Bremen waren zugegen: Gesandter Dr. Nebelthau sowie mehrere Senatoren und Staatsräte.

Saben wir sonst keine Sorgen?

Ein Festmahl für 3700 Personen. Folgender Bericht wird der Presse gestellt: Das Ansehen der Weltkraftkonferenz fand am Mittwochabend ein offizielles Ende. Der Weltkraftkonferenz im Berliner Sportpalast hat, das in seinen Ausmaßen für Berlin einzig dastehend ist. In dem Saal nahmen 3700 Personen teil, 30 Räte, 400 Redner, und 200 Köpfe Hilfspersonal wurden für die Vorbereitung und Durchführung der Speisen benötigt. Die gewaltigen Ausmaße des Festes erhellen aus folgenden Ziffern: 10 Zentner Schildkröten dienten zur Herstellung der Suppe. Dazu kamen 2000 Hühner und 15 Zentner Kalb. Ein Bier waren nicht weniger als 30 bis 40 Hektoliter bereits bestellt. 2000 Flaschen Rotwein, 2000 Flaschen Bordeaux und 2000 Flaschen Sekt haben die dazugehörigen Rechen gezeigt. (1)

Die Teilnehmer an diesem Riesenfest scheinen demnach allerbaldigst zu haben. Doch wir wollen uns bei dieser Leistung nicht erst lange aufhalten. Soweit es allerdings die Öffentlichkeit angeht, müssen wir schon sagen: Angehts einer solchen Massenfeier bestimmt das ewige Gedächtnis von unserer wirtschaftlichen Not und von dem Zwang, zu sparen, einen mehr als sonderbaren Sinn. Wir wünschen uns lebhaft das Beste einer Arbeitslosenlosigkeit, wenn er die Richtung über diese Schlemmerfest im Berliner Sportpalast hat. Wir die jetzt zu spät hat, ist Nebenache. Auf jeden Fall ist es ein Schaden, in einer Zeit mit 3 Millionen Erwerbslosen ein solches Fest zu halten und hinterher auch noch die Unbekanntheit einer schmerzhaften Schilderung der Gemüte zu verhehlen.

Veranlassung Formel angeordnet werden. Die Marktbeobachtung wird in letzter Zeit den „Deutschen Tageszeitung“ überlassen gemacht. Das ist die Antwort auf den guten Willen des Reichstags, der Geld dafür bewilligt.

Tatsache ist, daß nur 20 Prozent der deutschen Landwirte (außenwärts) wirtschaften, die große Masse verläßt sich auf Hilfsarbeiten von Reich und Staat.

Bei der Reichsgetreidekasse erscheinen wieder einmal jene 25 Millionen, die immer wieder durch den Staat reifen, und die nur ein Bluff sind. Der Minister hat gesagt, wir hätten den Maßnahmen zugestimmt, durch die der Roggenpreis auf 200 Mark gebracht werden sollte. Das ist unrichtig. Wir haben das nur passiver lassen. Reichsfertige Landwirte, die es auch hier im Hause gibt, haben gemeint, wenn Schiele Minister wird — er ist ja ins Ministerium gekommen, als sein Vorgänger noch nicht heraus war (Heiterkeit links) — dann würde der Roggen sofort auf 200 Mark steigen. Es ist nicht geschehen. Nur Einschränkung des Roggenbaues und Förderung des Weizenbaues kann Besserung schaffen.

Vom Brotgesetz verlangen wir, daß es das Brotgewicht festsetzt. Nach der ersten Ausschuhberatung ist diese Bestimmung auf Streifen der Weizenpartei gestrichen worden. Nicht das Weingeist, sondern nur der Bau von Qualitätsweinen kann unseren Wärgern helfen. Aber in der Pfalz haben die Weinbauern revoltiert, weil die bayrische Regierung die minderwertigen Reben zerstören ließ.

Was geschieht gegen das Hasenkreuzstreifen in der Böhmer Landwirtschaftsschule?

Einem Lehrer, der dagegen auftrat, ist gekündigt worden. (Hört! Hört! links.)

Mit unserem Agrarprogramm und unserer Kritik stimmt überein, was die „Handels- und Industriezeitung“ ausgeführt hat. Aber der Reichsverband der Industrie, der die Kartellpreise nicht herabsetzt, hat auch nicht das Recht, der Landwirtschaft vorzuschreiben, was sie tun soll. Der Minister hat uns im Ausschuss eine Karte von Deutschland überreicht, auf der die Verschuldung der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsgebiete eingeteilt ist.

Der Minister sprach dann davon, daß Ostpreußen durchweg zu 100 Prozent verschuldet sei; auf der Karte war aber nur ein ostpreussischer Kreis mit einer Verschuldung von über 80 Prozent des Einheitswertes eingetragen, die übrigen Kreise mit einer weit geringeren Verschuldung. Der Einheitswert ist aber wesentlich geringer als der Verkehrswert, so daß die wirkliche Verschuldung nur 30—40 Prozent des Wertes beträgt. Ich habe Material von Großgrundbesitzern der östlichen Provinzen, die zu ihrem nicht gerade kleinen Besitz noch Tausende von Morgen dazu pachten oder kaufen konnten.

Die Nachrichten über die Zahl der Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben werden von den Landwirtschaftskammern stark übertrieben.

Da jeder einzelne Versteigerungstermin, der meistens für ein Bestehen mehrmals angelegt wird, als neue Versteigerung in die Statistik aufgenommen wird. Die bisherigen Abschuldungsmethoden garantieren keineswegs, daß nur Unterstützungswürdige und abehrliche in den Genuss der Kredite kommen. Es kommt oft genug vor, daß bereits umgeschuldete Betriebe jetzt schon wieder in Schwierigkeiten geraten sind. Wir lehnen die Mittel für die Versteigerung durchweg ab. Wir wenden uns auch gegen das Verfahren der ostpreussischen Generallandchaft, die, wenn ein Käufer für verschuldete Betriebe auftritt, die Hypotheken zurückzahlt, um den Besitz dem verschuldeten Landwirt zu erhalten.

In der privatrechtlichen Gesellschaft muß eben jeder einzelne Besitzer die Verantwortung für seine wirtschaftliche Unfähigkeit tragen.

Man hat die Notwendigkeit der Ostpreußenhilfe auch damit begründet, daß dort ein besonders ungünstiges Klima herrsche. Man hat aber, wie auch bei anderen Zahlen, die Verhältnisse des ungünstigen Kreises einfach verallgemeinert, so daß man das ganze Zahlenmaterial, mit dem die Osthilfe begründet werden soll, nur als einen Bluff bezeichnen kann. (Erregter Widerspruch rechts.) Das Gebiet für die Hilfsmaßnahmen muß eine feste Begrenzung erhalten. Endlich einmal muß das Schlagwort von den blutenden Grenzen verschwinden, von der Not, die bis an die Elbe reicht. Wir bebauern den Verlust von deutschen Gebieten, aber wir müssen uns damit endlich einmal abfinden. (Zurufe rechts: Nein, niemals.) Wir protestieren dagegen, daß ein offizielles Gebiet bis zur Elbe und ein weltliches Gebiet fast ebenso weit durch das Geshrei der Interessenten geschaffen wird, so daß vielleicht nur noch der Wasserkopf Berlin in der Mitte übrig bleibt, der für alle Not aufkommen soll. (Bravo! bei den Sen.)

Abg. Herzt (Dnat.): Die Zahlen des jetzt vorgelegten Programms sind recht respektabel, aber das System faßt das Uebel nicht an der Wurzel. Man hilft nur den krank gewordenen Betrieben, hütet aber nicht die gesunden Betriebe vor der Erkrankung durch Abbau der Fruchtjahre, der Steuern und Soziallasten. Es ist demoralisierend für die Landwirte, einzeln um Hilfe betteln gehen zu müssen, was bei dieser individuellen Subventionspolitik unvermeidlich ist. Subventionspolitik ist immer Korruptionspolitik. Mit den jahrelangen Steuerkündigungen, die den Landwirt immer schwerer belasten, muß endlich Schluß gemacht werden. Die Zukunftszahlen der Osthilfe können uns nicht imponieren, weil wir an Moldenhauers Beispiel verlernt haben, an Versprechungen zu glauben.

Abg. Borensfeld-Ettmann (Fr.): Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röpench sind eine Entgeißlung. Der Mangel an Kapital macht es der deutschen Landwirtschaft so schwer, ihre Betriebe zu rationalisieren. Der Bauer weiß, daß Zölle allein ihm nicht helfen können, daß sie aber auch unentbehrlich sind.

Abg. Wäthler (D. Vp.) schildert an Beispielen die Not der Bauern. Trotz der stark gestiegenen Roggenpreise ist das Brot in Frankfurt a. M. auch das Roggenbrot, erheblich verteuert worden. Die Schuldigen sollten festgesetzt werden.

Abg. Hepp (Chr. nat. Bauernpt.) fordert Lösung der Zollbindungen für so ziemlich alle Lebensmittel. Bei dem deutschen polnischen Roggenhandels des Dr. Baade köhnt der deutsche Roggenbau zu kurz zu kommen und der polnische zu gewinnen.

Abg. Bang (Bayrische Vp.) trägt über das Vordringen der großstädtlichen „Alphakultur“ auf dem Lande. Der Vergnügungsaumel verdrängt die überkommene Sitte, die Bauernkinder zu verlernen die Heimat. Retten Sie das überbedrohte bodenkundliche Bayern!

Abg. Boerle (Komm.): Der Weizenzoll, der Vermahlungsanhang, der sogennante Verfüllungsanhang sind von der Müller-Regierung übernommen und von der jetzigen Regierung ausgehant worden und verschaffen nur den Großagrarern glänzende Sondergeschäfte. Das Auslandsgetreide sinkt im Preis. Die Getreidepreise in England werden häufig in die Höhe getrieben.

Wirtschaftspartei fordert 4 Milliarden Ersparnisse

Die preussische Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat ein Sparprogramm zur Finanzierung in Reich, Ländern und Gemeinden ausgearbeitet, wozu von ungefähr 23 Milliarden Reichsmark Gesamtansparnissen in Reich, Ländern und Gemeinden vier Milliarden abzustreichen sind, damit das Defizit von über zwei Milliarden Reichsmark getilgt und der Rest von zwei Milliarden Reichsmark zur Realisierung und Kapitalbildung der Wirtschaft frei wird. Insbesondere sollen die Ersparnisse durch Kürzungen an den Gehältern von 5 Prozent, sowie durch Herausnahme der Arbeitslosenversicherung aus dem Etat, durch sofortiges Verbot sämtlicher öffentlichen Bauten, durch Vereinfachung des Staatshaushalts und durch Einschränkung der Neubautätigkeit aus öffentlichen Mitteln erzielt werden.

Familien-Nachrichten

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Am Sonnabend, dem 21. Juni, verstarb unser langjähriger Verbandskollege
Gottlieb Kubitzka
im Alter von 59 Jahren. 2605
Das Andenken des Verstorbenen werden wir stets in Ehren halten.
Die Mitglieder der Filiale Breslau, Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, Lohestraße.

Am 22. Juni, 10 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau
Barbara Schön
geb. Zelta
im Alter von 50 Jahren 10 Monaten. 2606
In tiefstem Schmerz
Emil Schön als Gatte
seiner Kinder und Verwandten.
Beerdigung: Mittwoch, 16 Uhr, von der Halle des katholischen Friedhofes in Breslau-Dt. Lisa.

NESTLE'S KINDERMehl

Die Zuflucht der Mütter in der warmen Jahreszeit!

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis gegen 22,30 Uhr
Abonn.-Vorstellung A 22
Der justige Krieg
Mittwoch
20 bis gegen 22,15 Uhr
Abonn.-Vorstellung B 22
Zum letzten Male!
Die Geisha
Donnerstag 2080
20 bis gegen 22,30 Uhr
Abonn.-Vorstellung E 22
Erstaufführung
Das Dorf ohne Glocke.

FRIEBEBERG
Sonntag, den 29. Juni
Bei ungünst. Wetter Dienstag, 1. Juli
Breslau wählt die
SOMMERKÖNIGIN
Bewerberinnen
um diese Würde wollen sich in die Listen eintragen bei:
Band-Schäffer, Ring 3
Buch-Biederer, Gartenstr. 69/71
Frieberg, auch am Sonntag bis 14 Uhr
Proklamation der Königin im Garten, Krönungsfeierlichkeiten und Festball in den verbundenen Sälen
Conférence: Halpern
Zeremonienmusik: Häusler

EINTRITT
Garten * ab 14 Uhr **50 Pf.**
Saal **1.50**
Saal u. Garten **1.70**
Künstler und Studenten **1.20**
Saal u. Marmor-diele **2.20**

Ehrenpreise
Porträts von Königin und Hofdamen von Bildhauer Paul Schals und Kunstmalern A. Habersfeld, v. Heydeck
Ferner Spenden v. Schuhfabrik Dorndorf / Luft-Banan A. J. Magdan / Hut-Rosenthal / Band-Schäffer u. a.
Ab 16 Uhr Gartenkonzert d. verstärk. Kapelle Häusler jr. und Kinderfest mit Onkel Drolli im hinteren Garten.
Kinderkarte: 20 Pfennig, Sommerkleidung.

REICHSVERBAND BILDENDER KUNSTLER

Reitplatz
an der
Kürassierkaserne
CIRCUS
HAGENBECK
Carl Hagenbeck
Verführung:
Tägl. 8 Uhr
Tier- u.
Völkerschau
Täglich 10-6 Uhr
Erv. 1.- Mk., Kinder d. Hälfte
Vorverkauf: Verkehrsbüro Sarasch, Telefon 2241, Zlg. Gesch. P. Sajewski Neohf., Neue Taschenstraße 18, Tel. 55808 und ab 10 Uhr vormittags Circuskasse, Telefon 22420.
Sonderzüge der Straßenbahn Linie 2, 12, 22 umsteigen auf Linie 18 oder direkt Linie 18 vor u. nach jeder Vorstellung, nachm. u. abends.
Mittwoch, den 25. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr
Schülervorstellung
halbe Preise für Kinder unter 12 Jahren.

Messow
Waldschmidt
Schmiedebrücke

In dieser Woche:
Der
große
Reste-
Verkauf!

Morgen:

Eine Unmenge
kleine Reste
für Spültücher, Wisch- und Ölwaertücher, besonders geeignet auch zum Ausbessern von Stoff- und Hauswäsche, besteh. aus Hemdenstoff, Resten, Damast- u. vorch. anderen Handtuchstoff-Rest., durchw. St. 15 **10,-**

Kleines Quantum
ganz schwarze **140 cm** brt.
Laken-Rohnessel-
Reste **95,-**
für Vorhänge und Bettlaken geeignet, in Längen bis 2,20 Mtr., im Rest Mtr.

Zirka 300 Stück einzelne
Madras - Flügel **50,-**
cremefarbig, mit echter buntpartiger Broschierung, teilweise auch paarweise, daher zur Zusammenstellung von ganz. Künstlergarnituren best. geeignet, in verschiedenen Breiten und Längen Flügel 1,45, 95, 75

Kleines Quantum
einzelne
Querbehänge **50,-**
mit Franse, in schönen, buntpartigen Must., versch. Läng. u. Breit., je nach Qual. u. Ausfüh., Stück 1,20, 95, 75

Mehrere hundert
weilige
Schlafdecken **95,-**
best. mit eleganter Kante, für Wandern und Wochenend gut geeignet, zum Ausuchen... Stück nur

Einige Tausend
Waschstoff-Reste
30, 55, 80, 105, 75, 70, 95,-

Lobe-Theater
Telefon 51747
Täglich 20,15 bis 22,30:
Saisonverkauf 1930
Révue von Max Ophüls
Musik von Harry Reiton

Thalia-Theater
Täglich 20,30 bis 22,45
Broadway
Amerikanisches Zeitbild von Dunning u. Abbott deutsch v. Otto Klement.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36308
Täglich 8 Uhr
Der Sensationserfolg der Sommerspielzeit

Dolly's Abenteuer
Operette i. 4 Bild. v. Beer u. Vernouil
Musik von Ralph Benatzky mit
Loni Heuser a. G.
Ino Wimmer a. G.
Gegen Vorweisung dieser Anzeige: 50% Ermäßigung an der Theaterkasse

Schlesische Philharmonie
Donnerstag, 26. Juni
19,30 Uhr:
7. Südpark
Konzert
Leitung:
Prof. Dr. Gg. Dohrn

Zurückgekehrt
Dr. Bettge
Friedrich-Wilhelmstraße 40

Betten Deubetten
15, 18, 25 90%
Riffen 5, 6, 7, 7,50 90%, rote
Inletts verkauft 2485
Zelghaus Deisnerstr. 12, 1.

Wohnungen
Für Ledige
mit Stin
mit präparierten
möbl. od. unmöbl.
Zimmer gefucht.
Offen u. Besichtigung unter
A. 41 an die Geschäftsst. d. Stg.

Kleine Wohnungen
Für Ledige, gefucht, mit
möbl. od. unmöbl. Zimmer
mit präparierten
Inletts verkauft 2485
Zelghaus Deisnerstr. 12, 1.

4 Tage lang
billige
Reste

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend
Reste und
Abschnitte

Kunstseide
Woll - Musseline
Wash - Musseline
Voile, Beider-
wand, Sport-
Zephir, Satin,
Crépe-Satin
Crépe-Georgette
Kunseiden-Voile
Crépe - Caid
Woll - Georgette
Tweed.

Buntwaren
Frotter-Stoffe
Handtuch-Reste
Wäschestoff - Reste

Extra-Tische für
angestaubte
Damen- und
Kinderwäsche
kolossal billig!
Restbestände
Tisch-Wäsche
Bett-Wäsche

Bei dieser Hitze
genießt Eis- und
Eis-Getränke
bei

U. I. T. Z.
Breslau, Ohlauer Straße 71-73

„Schillergarten“ Oswitz
Jeden Mittwoch:
Großes Kinderfreudenfest
mit Überraschungen
im festlich dekorierten Garten unter Leitung
von Onkel Drolli Eintritt frei

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 28. Juni 1930, 18 Uhr
Zum Anschluß an das grandiose
Treffen gegen die
Negermannschaft
findet unser
Sommernachtsball
bei Rathmann, Klein-Gandau, statt
Dazu ladet ein
D. J. E. 1920 e. V. Sparta 1911 e. V.

Hoffmanns Garten, Oswitz
Heute und täglich:
Großes Garten-Freikonzert
ausgeführt vom Damen-Trompeterkorps „Weserlust“
Jeden Mittwoch:
Großes Kinder-Freudenfest
Eintritt frei

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft
Eigenheim Eichborngarten
e. G. m. b. H., Breslau.
Zur ordentl. Generalversammlung
am 27. Juni 1930, 20 Uhr,
im großen Saale des Schießwerders,
find von der St. § 32, Abs. 4 der Satzungen vor-
geschriebene Zahl von Mitgliedern folgende An-
träge gestellt worden:
a) Antrag auf Selbstverwaltung des Abschnitts
Bischofswalde.
b) Antrag auf Bestellung eines Geschäftsführers.
Die Generalversammlung wolle hierzu be-
schließen, daß die Bestellung des Geschäfts-
führers der Zustimmung einer Kommission
von 6 Mitgliedern, bestehend aus je 2 Mit-
gliedern der Abschnitte Gräbchen, Carlowitz
und Bischofswalde, bedarf.
c) Antrag auf Wahl einer Kommission für die
Änderung der Satzungen.
Zum Vorstand:
Satzungsänderung § 20, 1. Abs., § 21, 2. Abs.,
§ 22, 1. Abs.
2600 Der Vorstand.

Christopher Addison:
Praktischer
Sozialismus
Uebersetzt und mit Vorwort und
Anmerkungen versehen von
Hermann Kranold-Steinhaus.
Preis. 3.00
Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Graupenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 108, Flurstr. 4

Schlafzimmer
apert. Modell, Mahag., poliert
wegen kleinen Fabrik-Fehler
zurückgew. voll. im 1935.
Kleiner, kompakt
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 61, I. (Hauptstr.)
In 4 Tagen 11200
Kinderander!
Anw. d. Sonntags!

Urania
13 Dienstadt
und 4 Bühn
Das Quartier
Das Quartier
Das Quartier

Einzel-Haushaltspläne im Stadtparlament

Eine ausgedehnte Krankenhausdebatte

kleine Vorlagen, die rasche Erledigung finden - Um die Unterstützung der ausgesteuerten jugendlichen Erwerbslosen - Soll im Wohnungskommissariat abgebaut werden? - Der Etat des Wohlfahrtsamtes - Beamtenfragen - Zentrum für private Krankenanstalten - Nazis ohne Meinung, sie enthalten sich stets der Stimme

Im Sommerhospiz Saale nahm die gestrige Sitzung einen regen Verlauf. Außer kleinen Vorlagen wurden eine Anzahl Einzelhaushaltspläne verabschiedet, die wenig Grund zu großen Auseinandersetzungen boten. Doch zweimal setzte ein erbittertes Ringen mit dem Bürgerblock ein. Einmal will man „prüfen“, wie weit der Personalbestand des Wohnungskommissars vermindert werden kann. Solche Prüfung bedeutet bei der heutigen Zusammenfassung von Magistrat und Stadtratsmitgliedern weiter nichts, als daß durch Abzug des Wohnungskommissariats die Wohnungswirtschaft selbst abgebaut wird. Genosse Dr. Eckstein hing der Sache die Schelle um; man will die Wohnungswirtschaft durch Einführung der Mietsberechtigungslücke lockern. Dann aber können die Hauswirte unter den Inhabern solcher Karten gehörig sieben. Kein Kinderreicher, kein Erwerbsloser, kein Kriegsbeschädigter wird eine Wohnung finden, weil die Hauswirte andere Karteninhaber vorziehen werden. Der Mietsverzeiter Kogam stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Doch der Bürgerblock hielt fest und trenn zusammen. Die „Prüfung“ wird vor sich gehen, und die Mieter werden bald merken, welche Prüfung über sie kommen wird. Eine besonders schlaue Haltung nahmen die beiden Nazis in der Frage ein. Einer verzog sich vor der Abstimmung in den Vorraum, und der andere enthielt sich der Stimme.

Beim Wohlfahrtsamt ging es um die Krankenhäuser. Die Selbstkosten in den städtischen Krankenanstalten sind in Breslau und auch anderwärts dauernd gestiegen und betragen bei uns zurzeit 9,70 Mark für den Verpflegungstag. Es ist notwendig, zu prüfen, ob sich diese Kosten nicht vermindern lassen. Das Zentrum suchte die Gelegenheit aus, um die frommen Stifts-Krankenhäuser zu füllen. Diese arbeiten billiger. Einmal beziehen die Mönche und Nonnen keinen Tariflohn. Im Alter überläßt man dem städtischen Wohlfahrtsamt die Fürsorge für das abgearbeitete Personal. Die privaten Krankenhäuser haben auch weniger Abteilungen, während die städtischen Krankenhäuser für jede Art Erkrankung gerüstet sein müssen, so zum Beispiel für die Cholera, obwohl hoffentlich auf lange hinaus keine Einschleppung erfolgen wird. Die städtischen Krankenhäuser müssen auch Betten bereit halten für irgendwelche Epidemien, während die privaten Häuser ihre Räume nach Belieben voll verwerten können. Das alles muß natürlich den Betrieb gegenüber anderen Anstalten verteuern. Aber auch allerlei Tricks werden von den Privatanstalten angewandt. Zwar ist man mit den Tageslohn billig, macht dann aber für ärztliche Behandlung, Medikamente und dergleichen allerlei Sonderrechnungen auf. Wiederholt haben auch Privatanstalten die Stadt zu höheren Pflegekosten gedrängt, um selbst mit den Sähen hinaufgehen zu können. Auf Antrag des Zentrums war im Ausschuss ein Beschluß gefaßt worden, wonach das Wohlfahrtsamt, „um Geld zu sparen“, eine gewisse Anzahl von Kranken in privaten Anstalten unterbringen sollte. Diese „Sparmaßnahme“ hätte sich für die Stadt als eine finanzielle Verschlechterung ausgewirkt, denn die Generalunkosten der städtischen Krankenhäuser wären die gleichen geblieben, und nur die Einnahmen hätten sich durch die Verlegung von Kranken in die Privatanstalten verringert. Es gelang unseren Genossen Kierstein und Tilsch, die größte Uebel abzuwehren, aber doch half der Bürgerblock den Privatanstalten, indem er „freie Krankenhauswahl“ beschloß. Auf Kosten der Stadt werden so die frommen Anstalten bessere Beschäfte machen.

Die Sitzung — der am Donnerstag dieser Woche schon wieder die nächste folgt — wurde kurz nach 17 Uhr vom Vorsitzenden Genossen Bandmann eröffnet, und arbeitete zunächst die

kleinen Vorlagen

auf. Ohne Aussprache wurde zugestimmt dem Umbau einer Weiche der Gleisanlage des Schlachthofes, der Beschaffung von zwei Viehwagen für den Viehhof, dem Verkauf von 510 Quadratmeter Straßenland an der Malapanestraße an die Siedlungs-Aktien-Gesellschaft, der Beschaffung einer Kondenswasser-Förderpumpe für die Heizanlage im Straßenbahnhof Ofener Straße, dem Ankauf verbleibender Einrichtungen von dem früheren Pächter des Schießbuden in Höhe von 1500 Mark, dem Gutachten des Ausschusses VIII über die Anstellung des früheren Stadtamtmannes Kierstein als Rechnungsdirektor. Der Kürzung von Ausgabeplänen des Stadthaushaltes 1929 und der Beauftragung des Magistrats mit der Prüfung, ob ein teilweiser Abbau des Beschaffungsbudgets möglich ist. Diese Empfehlung des Ausschusses, die durch einen vorkommenden und einen Zentrumsantrag ausgelöst und in letzter Zeit diskutiert wurde, lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab, aber die Bürgermehrheit verhalf dem Antrag zur Annahme. Weiter stimmte die Versammlung dem Verkauf einer 5000 Quadratmeter großen Fläche an die Schleifschleife-Dampfer-Kompanie zu, die darauf eine größere Neuanlage errichten will. Bei dieser Vorlage kritisierte Stadtr. Stoye (Soz.) die Geschäftigkeit der Verwaltung von grundrätlichen Erwägungen heraus und brachte zum Ausdruck, daß es nicht angeht, daß es nicht angeht, das Gelände zu überlassen, ehe der Beschluß des Parlaments vorliegt, wie es in jedem Falle geschehen ist. Die Beschaffung von Einrichtungen im Krankenhaus für das Krankenhaus des Allerheiligen-Hospitals wurde der nachmaligen Beratung in den Ausschuss VI verwiesen. Auch der Antrag des Magistrats, die nebenamtliche Stelle des Sportplatzes beim Stadtmagistrat für Leibesübungen in eine Hauptamtliche umzuwandeln, wurde nochmals mit 38 gegen 28 Stimmen in den Ausschuss verwiesen. Vorsitzender Bandmann schloß hierauf durch seine Stimme den Ausschuss für die Ausschussberatung.

Bei der Vorlage über die Anstellung von dreizehn Oberstadtssekretären der Ausschuss zur Annahme empfahl, mit der Einschränkung,

daß bei einer Veränderung der städtischen Besoldungsordnung diese auch für die anzustellenden Beamten gelte, äußerte Stadtr. Tilsch (Soz.) Bedenken, da noch nicht vorauszu sehen sei, wie das Schicksal der Besoldungsordnung werden wird. Da das Spargesetz vorsehe, daß alle bis zum 1. April freiwerdenden Stellen nicht besetzt werden sollen und daß darüber hinaus Mehraufwendungen für Beamte unbedingt wieder eingespart werden müssen, werde die Sozialdemokratische Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen, weil der Wortlaut des Spargesetzes nichts anderes bedeute, als daß die Mehraufwendungen durch Angestelltenentlassungen wieder eingespart werden müßten.

Verwaltungsdirektor Hauschild erklärte, daß sich für die Verwaltung keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Stadtr. Kriebel (Din.) benutzte diesen Anlaß zu einer Attacke gegen die „Beamtenfeindschaft der S.P.D.“. Der erste Teil des Ausschussgutachtens, die Vorlage anzunehmen, wurde mit 33 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Volkspartei und Nazis hatten sich der Stimme enthalten. Die weitere Empfehlung, alle freiwerdenden Stellen für Beamte und Angestellte auf Privatdienstvertrag im Rechnungsjahre 1930 nicht neu zu besetzen, oder bei einer zwingenden Notwendigkeit der Versammlung eine besondere Vorlage zu unterbreiten, fand Annahme.

Ein recht merkwürdiges Anbringen wurde an die Versammlung gestellt mit dem Antrage, für den

Haushaltsplan „Sämtliche Verwaltungskosten“

die Übertragbarkeit der Planansätze untereinander zu genehmigen. Diesem Anbringen widersprach Stadtr. Fritz Piesch (Soz.) besonders, weil Übertragbarkeit auch von Positionen verlangt wird, die gar nicht zueinander gehören. Es bedeute dies eine Verschleierung des Etats. Es kann nicht angehen, die Ansätze Druckkosten in Privatdruckereien, Druckkosten in der Ratsdruckerei, Personentransportwagen der Feuerwehr, Unterhaltung von Kraftwagen, Beschaffung von Dienstwagen und sonstige Kosten bei Ausführung von Dienstwegen untereinander zu übertragen, denn da kann auf Kosten des einen Planansatzes ein Kraftwagen an-

geschafft werden, dessen Anschaffung in der dafür bestimmten Ausgabe gar nicht vorgesehen ist. Wehnlich ist es bei der gemündeten Uebertragbarkeit der Ansätze für Bekanntmachungen, Anschaffung von Zeitschriften und Büchern und Prozederkosten. Es ist unmöglich, von der Stadtratsversammlung solche Ermächtigungen zu verlangen; denn dann kann der Magistrat mit ihr machen, was er will, und wenn diesem Wünsche entsprochen würde, hätte das Parlament sogar noch die Handhabe dazu gegeben. Der Antrag wurde mit 38 gegen 38 Stimmen abgelehnt, da Vorsitzender Genosse Bandmann erklärte, daß er für die Ablehnung gestimmt habe.

Die Unterstützung jugendlicher Erwerbsloser

Kam durch einen Magistratsantrag, nach dem Jugendlichen, soweit sie keinen Anspruch auf Krüppelunterstützung haben, nur die Sätze der allgemeinen Fürsorge zahlen will, ebenfalls zur Debatte. Der Haushaltsausschuss hat diesen Antrag ebenfalls abgelehnt und empfahl auch der Versammlung, ihn abzulehnen und zu beschließen, daß den jugendlichen Erwerbslosen die Richtsätze wie für ausgesteuerte Erwerbslose gezahlt werden.

Stadtrat Tilsner erklärte, daß durch die schärfere Wirtschaftskrise die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen von 800 im Vorjahre auf 1500 männliche und 600 weibliche in diesem Jahre gestiegen sei. Der Magistrat wolle nicht die Lage verschärfen. Es werde im Hauptauschuss des Wohlfahrtsamtes ein Plan ausgearbeitet, Arbeitsmöglichkeiten für die Jugendlichen zu schaffen und sie in Sach- und Geldleistungen zu entschädigen. Gegen diese Ausführungen wandte sich Stadtr. Zylla (Komm.) und auch Stadtr. Tilsch (Soz.) erklärte, daß das Höherhängen des Brotloches kaum einen beschreibbaren Weg darstellt. Gegen solche Deputatbeschuldungen seien Bedenken zu erheben, doch werde die Sozialdemokratie den Vorschlag des Wohlfahrtsamtes zunächst abwarten und ihn prüfen. Bei der Abstimmung wurde der Ausschussantrag angenommen.

Beratung der Einzel-Haushaltspläne

Alsdann leitete die Versammlung die Beratung der Einzelhaushaltspläne weiter fort. Ohne Aussprache wurden die Etats des Fernheizwerkes, der Straßenbeleuchtung, des Gesundheitsamtes, der Städtischen Bank und der Allgemeinen Verwaltung der Betriebswerke vorläufig festgelegt.

Zum Etat des Viktor Friedländer'schen Luftschiffhauses in Weidenhof verlangten die Kommunisten eine Erhöhung der Ausgabeansätze für Reinigung und Wäschereinigung, sowie eine Vorlage über eine neu zu schaffende Pumpenanlage.

Stadtrat Landsberg erklärte, daß es sich um unbegründete Mehrausgaben handele, von denen ohne Benachteiligung der im Heim sich Erholenden abgesehen werden könne. Die Mehrheit lehnte die von den Sozialdemokraten unterstützten Anträge ab und der Haushaltsplan wurde unverändert festgelegt.

Abbau im Wohnungsamt

Beim Haushaltsplan der Leistungen für Staats- und Provinzialzwecke hatte das Wohnungskommissariat wieder einmal das Mißfallen der Hausagrarier erregt. Es war deshalb im Ausschuss VIII beschloffen worden,

den Magistrat zu beauftragen, bis zum 15. November eine Vorlage über den möglichen Abbau des Personalstandes des Wohnungskommissariats vorzulegen.

Stadtr. Dr. Eckstein (Soz.) erinnerte daran, daß die verfloßene Stadtratsversammlung bereits schon einmal die geplante Einführung einer Mietberechtigungslücke abgelehnt hat und dieser Antrag auf das gleiche Ziel hinausläuft, weshalb ihm die Sozialdemokraten schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Er bezweckt nichts anderes, als eine Lockerung der Zwangs-

wirtschaft. Entweder wird der Betrieb des Wohnungskommissariats eingeschränkt, dann erhält jeder die Berechtigungskarte, der sie zu haben wünscht, oder es wird eingehend geprüft, und dann ist ein Abbau des Wohnungsamtes nicht möglich. Die erste Lösung bedeutet aber eine Verschlechterung für den Wohnungswirtschaftler, denn dann wird ein Hausbesitzer nur dem Berechtigungskartenehaber den Vorzug geben, der den höchsten Abstand zahlen kann und dem minderbemittelten Wohnungssuchenden wird der Erhalt einer Wohnung noch bedeutend unmöglicher gemacht.

Stadtr. Kogam (Miet.) wandte sich ebenfalls gegen diesen Plan und erklärte, daß die Erfahrung in anderen Städten gelehrt habe, daß die Hausbesitzer mit diesem System Anerkennung höherer Mietmieten, Bezahlung von Rückständen des Vermieters und Reparaturen zu erhalten suchen und stets dem Mieter den Vorzug geben, der sich bereit erklären kann, auf diese Forderungen einzugehen.

Stadtr. Glucke (Dichtn.) stellt weitere Anträge, und zwar verlangt er zu wissen, was jede Vermittlung durch das Wohnungskommissariat kosten und außerdem wünscht er einen Nachweis, wieviel Wohnungen das Kommissariat vermittelt hat. Stadtr. Sonnabend (Zentr.), der vorgibt, in seiner Brust eine Vermieter- und eine Mieterseele zu haben, läßt nur die erste ihre Gefühle zum Ausdruck bringen und glaubt mit Bauern feststellen zu müssen, daß der Hauswirt absolut nichts hat.

Die Ausschussvorlage wurde mit 40 gegen 35 Stimmen angenommen. Die Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, deren Wähler kaum Hausbesitzer sein dürften, begeisterten sich dennoch von Buchner bis Fräulein Krause für den Wunsch der Hausagrarier, und die Nationalsozialisten enthielten sich, was sie übrigens nun schon fast bei jeder Abstimmung tun, der Stimme, um anscheinend auf diese Weise „Arbeiterinteressenvertretung“ zu betreiben.

Der Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes

Wie das Zentrum in den Augen der Öffentlichkeit zu sparen vorgibt, um in Wirklichkeit ganz demagogisch ein Geschäftchen für seine heiligen Institute zu machen, wurde bei der Beratung des Haushaltsplanes des Wohlfahrtsamtes erklärt.

Ein Zentrums-Antrag

Das Zentrum hatte hierbei mit Phrasen besonders an den städtischen Krankenanstalten ein Interesse und im Ausschuss verlor, im Etat Ausgabe für Verpflegung und Heilbehandlung in städtischen Krankenhäusern 100 000 Mark abzulehnen und die gleiche Ausgabe für nichtstädtische Krankenanstalten um 60 000 Mark zu erhöhen.

Der Ausschussberichterstatter, Stadtr. Tilsch (Soz.), beantragte aber, dem Ausschussbeschluß zuzustimmen, der die Zentrums-wünsche ablehnte.

Dennoch unternahm das Zentrum auch in der Versammlung erneut einen Vorstoß und Stadtr. Strauß (Ztr.) begründete die Anträge damit, daß in den städtischen Krankenhäusern die Kosten höher seien, wie in den Privatanstalten. Die Kranken, die also auf Kosten des Wohlfahrtsamtes in ein Privatanstaltenhaus gingen, hätten das keine Bewußtsein, der Stadt pro Behandlungstag 3,50 Mark zu sparen. Es bestände überdies keine gesetzliche Grundlage, die Schiklinge des Wohlfahrtsamtes im Krankheitsfall nur in die städtischen Anstalten zu zwingen. (Zuruf des Stadtr. Tilsch: „Da täuschen Sie sich aber!“) Es entspräche einer sozialen Gerechtigkeit, den Kranken freie Anstaltswahl zuzubilligen.

und die Antwort darauf

Stadtr. Kierstein (Soz.) entließ die kommen Zentrums-wünsche zunächst der sozialen Mängelchen und kam auf die eigentlich damit verfolgten Absichten zu sprechen. Es soll damit den Stifts-Krankenhäusern eine Einnahmehemöglichkeit zugebracht werden, in denen Mönche und Nonnen tätig sind, die niemanden zu versorgen haben, während man in den städtischen Krankenhäusern wo Familienärzte und Mütter tätig sind, einen Abbau anstreben will. Das ist der wahre soziale Grund.

Stadtrat Landsberg zerstörte mit sehr eindringlichen Worten das Märchen von der Billigkeit der Stifts-Krankenhäuser.

Sie sind mit den städtischen Anstalten garnicht vergleichbar. Die Stadt muß ein arbeitendes und mannigfaltigen Gefahren ausge-setztes Personal bezahlen, das es leben kann, während die Ordenspflege kaum ähnliche Unkosten verursacht. Schon vor Jahren war beispielsweise die Universitätsklinik viel billiger, um für Forschungs- und Lehrzwecke mehr Kranke zu bekommen, und da waren es die Stifts-Krankenhäuser, die bei der Stadt vorstellig wurden und erbat, auf den preussischen Staat einzuwirken, daß die Preise in der staatlichen Klinik nur 10 Prozent hinter den Preisen anderer Krankenanstalten zurückblieben. (Hört! hört! bei den Soz.) Wie es mit der Billigkeit in den Stifts-Krankenhäusern aussieht, belegte Stadtrat Landsberg an einem praktischen Fall. Da war für einen städtischen Angestellten in einem Stifts-Krankenhaus ein Satz von 4,50 Mark pro Tag in Anrechnung gebracht worden. Dazu kamen als gesonderte Positionen das Arzthonorar, die Operationskosten, die Aufwendung für Medikamente, sodas sich bei einer Zusammenziehung aller Beträge ein durchschnittlicher Tageslohn von über 10 Mark ergab. (Zuruf des Stadtr. Fritz Piesch: „Da kommt der Pferdefuß!“) Wenn die Krankenanstalten der Stadt daher einen Tageslohn von 9,70 Mark vom Wohlfahrtsamt verlangen, kann wohl unmöglich von einer Verteuerung gesprochen werden.

Stadtr. Schneider (Wirtsch.) lies sofort in das Zentrums-horn und erklärte, daß sich kein Handwerksmeister in ein städtisches Krankenhaus aufnehmen lassen könne, wenn solche unerhörten Preise verlangt werden, mußte sich aber sofort von Stadtrat Landsberg erwidern lassen, daß wohl bisher kein Antrag von privater Seite auf Ermäßigung abgelehnt worden ist.

Stadtr. Glucke (Ztr.) glaubte, daß die Kranken in den öffentlichen Anstalten

leichtlich zu sehr leiden müßten

und auch Stadtr. Thum (Dnat.) war für diese Sparmethode. Stadtrat Landsberg ging nochmals ausführlich auf die Sparrerfolge ein, die damit zu erzielen wären, daß zunächst täglich 28 Kranke des Wohlfahrtsamtes in andere Anstalten untergebracht würden. Mit diesem

Bestrebungen, die städtischen Anstalten zu entvölkern, würden sie gleichzeitig nur verteuert, denn gepart werden könnten dabei nur die Individualausgaben, bis der einzelne Kranke vor-

Empfehlenswertes Lokal

Im Schwabnitzer Hauptbahnhof spielte eine Frau Tisch als... eine große Rolle. Sie ist eine begeisterte Kartistin und hat...

Internationale Ausstellung für Verkehr und Touristik in... 6. Juli bis 10. August 1930. Wie uns die Deutsche...

Reichsbanner-Gautreffen im Film! Wie uns vom Reichsbanner...

Kontostrombruch. Montag früh wurde in ein im Hause...

Verkehrsunfall. Als am Montag vormittag der Drogist...

Ein „fetter“ Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag...

Von einem Auto umgerissen. Gestern um 17 Uhr wurde...

Bewusstes Schlefertum?

Zum letzten Mal wird von einer Reihe schlesischer...

Es ist nichts gegen eine richtig verstandene...

Gewiß ist es richtig, daß vor und während der deutschen...

Einigung strebenden Bestrebungen modern, also ärgert man die...

Man glaubt vielleicht, den Deutsch-Böhmen damit einen...

Aus der Umgebung

Die Maul- und Klauenseuche

Unter dem Viehbestand des Stellenbesizers Wilhelm...

Breslau. Umtliche Verkehrsbehinderung. Uns wird...

Breslau. Polizeilicher Wochenbericht. In der...

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verstehen, Ihnen...

Neu-Breslau

Tischsch. Feuer in einer Tischlerei. Im Späner...

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau C. B.

Wassersport

Handball

Arbeitsrechtliche Rundschau

Abgrenzung zwischen Handlungsgehilfen und Kolonier.

Es kommt in letzter Zeit häufig vor, daß zwecks Umgehung...

Gesittliches

Jedem sein Bild. Schön, groß und ausdrucksvoll! Unter dieser...

Konzerne - Theater - Vergnügungen

Stadtheater. Dienstag 20 Uhr. 22. Abonnements-Vorstellung...

Wasserstand

Table with 2 columns: Station, Water Level. Includes Rasthor, Neisse (Stadt), Neisse (Land), Briesg, Teicheln.

Umtlicher Wetterbericht

Nach kräftiger Erwärmung, wobei die Temperaturen teilweise 30 Grad...

Arbeitsrechtliche Rundschau

projektiv vorgeschriebenen Form angebracht. Das führt...

getreten, so ist eine ohne Zustimmung der Betriebsvertretung...

Wenn ein Betriebsratsmitglied wider den Willen des...

Unter Umständen kann, wenn bei Beschäftigung des...

Wenn ein Arbeitgeber einen leitenden Angestellten ohne...

Ein in der Geistesprüfung durchgefallener Lehrling...

Der Arbeitgeber hat die einzelnen Bauhelfe geniet nach dem...

Der Arbeitsvertrag eines Notstandsarbeiters lautet im...

Ein Bauunternehmer hat für unbeschäftigte Lehrlinge...

Bei Auscheiden des Arbeitnehmers während des Urlaubs...

Sozialversicherungsverbände sind nicht aus eigenen Mitteln...

Eine Kündigung wird nur gerügt, wenn der Arbeitnehmer...

Die monatliche Arbeitslosenversicherung ist nicht tarifmäßig...

Gutmann zum Tode verurteilt

Ein Nachwort zum Brenzlauer Gattenmordprozess

Im Brenzlauer Gattenmordprozess wurde der Zahnarzt Gutmann aus Schwedt a. O. wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Außerdem erhielt der Angeklagte wegen Urkundenfälschung 8 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten sind.

Die Akten über das Drama des Brenzlauer Zahnarztes sind geschlossen. Noch einmal prallte am Montag, dem letzten Tag der Verhandlung und der anstrengenden Verhandlung, die Meinungen auseinander. Der Oberstaatsanwalt hielt den Angeklagten des Mordes für überführt und beantragt gegen ihn die Todesstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, glaubte an Affekthandlung, also Totschlag, beweisen zu können. Dann hatten die Richter ihren Spruch. Nach bestem Wissen und Gewissen. Der Spruch der Richter ruft nach dem Henker. Ist die Wahrheit ermittelt? Wir wissen es nicht.

Wer war dieser Zahnarzt Dr. Fritz Gutmann, der in Brenzlau unter der schweren Anklage gestanden hat, seine zweite Frau vorzüglich ums Leben gebracht zu haben? War das ein gefoltener Verbrecher, kühl, überlegt, raffiniert und erfindungsreich, war das ein von jenen brutalen und nervenstarken Individuen, die ihre Mitmenschen wie leblose Schachfiguren in ein Spiel ihrer freudhaften Pläne und Neigungen einzuführen ließen, war das einer von jenen Schauspielern der Kriminalität, die die Masse des Menschlichen so erschütternd echt zu tragen vermögen, bis sie eines Tages zum Entsetzen einer ganzen Welt um ihnen fällt?

Nein, so zeigte sich Gutmann in Brenzlau nicht. Ein Intellektueller, stätlich begabter Schwächling, der in weiterhin verbissener Sentimentalität mit seinem Unglück und seinem Schicksal spielt, ein naiver Egoist, ebenso ziellos wie überheblich, der immer die Schuld bei den anderen sucht, die in topfschüttelnd gewahren lassen. Sicherlich ist das kein vornehmer, großzügiger Charakter, sondern eine kleine ärmliche Seele, die die schweren Schatten des eigenen Lebenswandelns nicht sieht und selbst nicht davor zurückschreckt, das Opfer seiner Wut und Hysterie schwarz in schwarz zu malen. Und Gutmann macht nicht nur ein Opfer schießt, Gutmann macht alle schießt. Aber diese abstoßende Manier des angeklagten Zahnarztes, alles anzuzweifeln, was nicht in seiner psychopathischen Seele lag, ist letzten Endes die Notwehr des Schwachen, Hilflings, des vom Leben zermürbten, der die eigenen Minderwertigkeitsgefühle durch übertriebene Kritik an der Umwelt zu behoben sucht. Dieser Mann litt an einer Art Verfolgungswahn. Alle anderen standen ihm für sein Gefühl fremd, ablehnend, ja sogar feindselig gegenüber. Der Vater, dieser vollkommenste Gegenpart der blutleeren grübelnden Schwärze des Nachfahren, der es bei aller Verbitterung überaus gut mit ihm gemeint hat, die Geschwister, die Frauen, die Freunde... „Niemand verstand mich.“ Das mag subjektiv gesehen durchaus ehrlich empfunden gewesen sein, aber es war objektiv gewertet eine lächerliche Verzerrung der Situation.

Aber das Drama des Dr. Gutmann und seiner zweiten Frau ist auch ein Drama des entwürdeten Bürgerjohns, dem nach menschlichem Ermessen alle Wege geobnet schienen und der trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, so jämmerlich getrauert hat. Aus dem Vermögenden, auf Tradition und geistliche Erbschaft stützend, hat er sich als Sohn, der älteste Sohn, als Stütze ins Leben hinauf. Er machte Schulden, er lebte flott, er brauchte nicht zu sparen, der vermögende Vater bezahlte alles. Dieses Gefühl der Sorglosigkeit, diese unbedingte Gewissheit, in dem zwar hartem, aber gütigen Vater auf jeden Fall den stützenden Rückhalt zu haben, war für den unsicheren, weichen, innerlich widerstandlosen Menschen eine fürchterliche Gefahr. Alles, was noch Ausbaumöglichkeit verhieß, wurde durch diesen Rettungsanker, der ihn in Wahrheit in den Abgrund zog, zerstört. Erst kamen kleinere Unredlichkeiten, dann kam das „Abschieben des Laugenteichs“ nach Amerika, das ihn gänzlich isolierte. Als er zurückkam, war er ein Bräut, unfähig, sich sein Leben aufzubauen, unfähig zu wirtschaften, unfähig ein selbständiges Leben zu führen. Immer mußte jemand da sein, der ihn stützen konnte. Diese Stütze war in der ersten Ehe seine Frau, die wohlhabend war und für immer neue Gelder sorgte. Die Frau starb und Gutmann ging eine zweite Ehe ein, die zum Verhängnis wurde. Mit der Not und den Schulden kam die Verbitterung, mit dem schleichenden Fiebers der Haß, mit dem Haß die furchterliche Tat. Als er sie tötete, ein notorischer Schwächling, der sich aus Schwäche zur Tat aufrafft, war diese mörderische Handlung vielleicht ein Schritt für die tausenderlei Hemmungen, für die tausenderlei Bindungen dieses schon längst zerstörten Lebens. Auch der Spruch des Brenzlauer Gerichts kann das Dunkel, das diesen Mann und seine Tat umgibt, nicht erhellen. War es ein Mord aus Heberverachtung, war es eine Tat im Affekt? Wir wissen selbst heute noch nicht, trotz des Urteilspruchs der Brenzlauer Richter, die das Schwerere, das Schlimmere annahmen. Das Für und Wider ist so mannigfaltig und so verworren. Aber eins scheint fast sicher: Die Tat ist der zwangsläufige Abschluß seines Lebens, das keine Tat kannte, sondern nur das ziellose, verhängnisvolle Sich-treiben-

Eisenbahnunfall im Mainzer Hauptbahnhof

30 Reisende verletzt

Gestern vormittag ist der Personenzug Alzen-Mainz vor dem Hauptbahnhof Mainz auf einen beladenen Güterzug aufgefahren. Hierbei wurden 30 Reisende durch Prellungen und Quetschungen leicht verletzt. Der Bahnhofsarbeiter Sallinge aus Mainz wurde mit einer Gehirnerschütterung in das Städtische Krankenhaus gebracht. Die Leichtverletzten wurden nach sofortiger ärztlicher Behandlung entlassen. Das Reisende Alzen-Mainz war zwei Stunden gesperrt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Raubmörder greifen auf dem Lüneburger Gerichtgefängnis ent

Der am 18. Februar vom Lüneburger Schwurgericht wegen schweren Raubes mit Todeserfolg, begangen im Jahre 1922 in Buenos Aires an zwei argentinischen Händlern, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte 35-jährige, in Lüneburg geborene Seemann Hermann August Hagen ist heute vormittag zusammen mit seinem Mitgefangenen Alfred Rasmann ebenfalls noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, aus dem Gerichtgefängnis entwichen. Die beiden waren im Keller des Gebäudes mit Hausarbeiten beschäftigt und verpackten in einem unbewachten Augenblick das Gitter des Kellerfensters herausgerissen und ins Freie zu gelangen. Die sofort mit einem schweren Polizeieinsatz ausgearbeitete Verfolgung der beiden Raubmörder, die in der Nähe der Stadt geflohen waren, ist erfolglos.

erfolglos. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden Flüchtlinge versuchen werden, nach Hamburg zu gelangen, um von dort aus das Ausland zu erreichen.

Zeppelin in Staaten

Zweite Rundfahrt des Luftschiffes

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern kurz nach 5 Uhr nachmittags, von seiner Ostsee-Fahrt kommend, auf dem Flugplatz in Staaten eingetroffen. Es wurde nicht am Untermaist festgemacht, sondern wechelt die Fluggäste auf dem freien Feld, um dann sofort zu einer zweiten Berliner Rundfahrt aufzusteigen, an der 40 Personen teilnehmen, unter ihnen einige Besucher der Weltkongressen.

Das Luftschiff beendete gestern um 7,40 Uhr die Fahrt und konnte in sechs Minuten von den meisthaft arbeitenden Schiffsbeamten heruntergeholt und bis zum Untermaist geschleppt werden, wo es für die Nacht festgemacht wurde. Das Großflugzeug D 2000 hat seinen Flug nach einigen Kreisen über dem „Graf Zeppelin“ nach seinem Heimathafen Dessau um etwa 7,45 Uhr angetreten. Am Abend und in der Nacht wurde das Luftschiff durch elf Scheinwerfer beleuchtet, sodas auch den später kommenden Besuchern ein majestätischer Anblick bot. Während der Nacht nahm das Luftschiff Wasserstoffgas auf, um zu der Schiffsfahrt ausgerüstet zu sein, die auf 8 Uhr festgesetzt ist.

Ein weiteres Todesopfer in Lübeck

Nach dem Bericht des Lübecker Gesundheitsamtes von gestern früh hat sich die Sterblichkeitsziffer bei den mit dem Calciumpräparat gefütterten Säuglingen um einen weiteren Todesfall auf 42 erhöht. Krank sind 93 Kinder, gebessert 52, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung 64.

Potsdamer Pfarrersfrau als Diebin

Die Serie der Potsdamer Gesellschaftskandale reißt nicht ab. Zurzeit ist die Berliner Kriminalpolizei mit der Aufklärung einer Reihe von Warenhausdiebstählen beschäftigt, deren die Frau des Potsdamer Pfarrers Feldbach beschuldigt wird. Erst dieser Tage ist Frau Feldbach bei ihren letzten derartigen Vergehen erlappt worden. Vier Tage vorher hatte sie an-

Das Doppelleben der Krankenschwester

Die Hintergründe eines geheimnisvollen Mordes — Die Tote in der Seine — Das Geheimnis des verschwiegene Montmartre-Lokal — Mysterien der Pariser Lebewelt

Das Saint-Antoine-Hospital ist ein großes Krankenhaus im Osten von Paris. Seit über zwölf Jahren war hier die Krankenpflegerin Marie Gicquel als Angestellte tätig. Sie erzielte sich des größten Vertrauens der Ärzte; wegen ihrer Bescheidenheit, ihrer Ruhe und ihrer Opferbereitschaft war sie bei allen Kranken beliebt. Vor einigen Tagen verschwand Marie Gicquel plötzlich spurlos.

Fünf Tage vergingen. Die Krankenhausverwaltung benachrichtigte die Angehörigen der Pflegerin — sie wußten nichts von dem Verbleib ihrer Angehörigen. Auch die Polizei war ratlos. Am sechsten Tage nach dem Verschwinden wurde im Norden von Paris, in der Nähe des Borories Ghâty, die Leiche einer fünfundsiebzigjährigen Frau in eleganter Abendtoilette aus der Seine gezogen. Die Tote hatte schwere Verletzungen am Kopf. Die Hände waren mit einem Taschentuch gefesselt. Alle Umstände deuteten daraufhin, daß ein Verbrechen, ein Mord geschehen war. Wer war die Tote? Sie trug nicht die geringsten Papiere bei sich. Die Monogramme in der Wäsche waren herausgeschnitten. Man photographierte die Ermordete, ließ sie in die Leichenhalle bringen und setzte den Fahndungsdienst der Vermissen in Kenntnis.

Es fiel einem Polizeibeamten auf, daß die verschwundene Krankenpflegerin das gleiche Alter hatte wie etwa die Tote in der Seine. Die Mutter von Marie Gicquel wurde in die Leichenhalle bestellt. Beim Anblick der Leiche prallte die Mutter entsetzt zurück. Hinter dem Glasfenster der Morgue lag ihr Kind. Ihr Kind, nicht wie immer in ihrer Krankenpflegerinnentracht, sondern in hochleganter Kleidung, in der man Marie Gicquel noch niemals gesehen hatte.

Welches Geheimnis verbarg sich hinter diesen sonderbaren Feststellungen? Die Polizei ermittelte es bald. In einer kleinen Seitenstraße des Pariser Vergnügungsviertels Montmartre liegt ein von außen unscheinbar aussehendes Lokal, das nur von der Lebewelt besucht wird. Jeden Freitag Abend erschien hier eine elegant gekleidete Frau an der Seite eines älteren Herrn. Das Paar nahm immer den gleichen Platz im Hintergrunde ein. Seits tranken sie nur Sekt, mehrere Flaschen oft, niemals aber sah man sie tanzen. Zweimal schrieb der ältere Herr einen Zettel, der vom Kellner an die Musik weitergegeben wurde. Dann wurde

jählich eines Diebstahls einen Revers unterschreiben müssen, in dem sie sich verpflichtete, sein Berliner Warenhaus mehr zu betreten. Frau Feldbach selbst besteht auf ihrer Unschuld. Da sie nur gebrochen deutsch spreche, würde sie immer mißverstanden werden, sagte sie.

Schiffszusammenstoß im Nermellkanal

Ein deutscher Dampfer gesunken?

Pariser Blätter berichten aus Brest, daß dort S.D.S.-Rufe zweier Schiffe aufgefangen worden seien. Es handle sich um den deutschen Dampfer „Casablanca“ und den englischen Dampfer „Henry Stanley“, die auf 49 Grad 30 Minuten Nord und drei Grad West, das heißt in der Mitte des Nermellkanals, zusammengestoßen seien. Der Dampfer „Casablanca“ sei gesunken. Die Besatzung wurde zum Teil von dem englischen Dampfer aufgenommen.

In der Badehofe erschossen

Gestern machte ein Polizeibeamter in Berlin am Spandauer Schiffsanleger Badende darauf aufmerksam, daß an dieser Stelle das Baden verboten sei. Daraufhin warf das Publikum, das sich dort in Badehosen aufhielt, das Fahrrad des Beamten in den Kanal. Der Beamte selbst wurde hinterwärts überfallen und gab auf einen seiner Angreifer einen Schuß ab, der so unglücklich war, daß der Verletzte auf dem Transport zum Sirchow-Krankenhaus starb.

Richter Land in Frankfurt

Unter der Beschuldigung, im Streit sein Messer gezogen zu haben, wurde in Frankfurt a. M. ein Mann unter dem Gejohle einer vollkommen verrohten Menschenmenge von der Raimauer in den Main geworfen. Nachdem es dem Gepeinigten gelungen war, trotz ziemlich zerschundener Glieder das Ufer schwimmend zu erreichen, wurde er abermals ins Wasser gestoßen. Der Mann rettete sich nunmehr, indem er zur Maininsel schwamm.

Ein „wässriges“ Panzerauto

In den Dienst der Berliner Polizei ist dieser Tage ein Panzerauto gestellt worden, das mit einer großen Wasserpeilanlage ausgestattet ist. Aus dem in den Panzerraum eingebauten, nach allen Seiten beweglichen Stahrohr können Wasserströme und „Dauerwasser“ bis zu 50 Meter Länge abgegeben werden, wie es auch möglich ist, aus zahlreichen anderen Öffnungen Wasser auszusprengen.

jedesmal die ungarische Rhapsodie von Liszt gespielt und ein fächtliches Trinkgeld lohnte diese Gefälligkeit. Am drei nachts verließ das elegante Paar das Lokal. Eine große blaue Limousine wartete vor der Tür und entführte die beiden sonderbaren Gäste in die Nacht.

Die Pariser Polizei hat überall ihre gutbezahlten Aufpasser. In jedem Hotel, in jedem mondänen Tanzlokal sitzen ein paar Männer oder Frauen, die der Polizei die nötigen Informationen über die Gäste liefern. Darum blieb es kein Geheimnis, wer die elegante Frau, die jeden Freitagabend mit dem unbekannten Herrn gekommen war, gewesen sein konnte. Es war niemand anderes, als die Krankenpflegerin Marie Gicquel, die ein mysteriöses Doppelleben führte. Eine ganze Woche hindurch sah man sie nur in ihrer Krankenpflegerinnentracht; sie war die Bescheidenheit, die Anpruchslosigkeit selber. Doch am Freitag, ihrem Urlaubstage, verwandelte sich diese Frau plötzlich in eine elegante Lebendame. Daß ihr Tod mit diesen sonderbaren Dingen in Zusammenhang steht ist nicht zu bezweifeln. Der ältere Herr, dem offenbar die blaue Limousine gehört und der der Liebhaber der Krankenpflegerin war, ist seitdem nicht mehr in das verschwiegene kleine Lokal am Montmartre gekommen. Ist er der Mörder? Oder verbirgt sich noch ein anderes Geheimnis hinter dieser rätselhaften Affäre? Die Pariser Polizei vermag darüber vorläufig selber noch nichts zu sagen. Augenblicklich sucht man den Unbekannten in allen Vergnügungstokalen der Seine-Hauptstadt. Alle Konfidenten der Polizei sind im Besitz seiner genauen Personalbeschreibung. Doch bisher war auch die genaueste Heberwachung erfolglos. Die Leiche der Krankenschwester wurde zur Beerdigung von der Staatsanwaltschaft freigegeben. In den Papieren und in der Hinterlassenschaft der Toten fand sich nicht das geringste, was über das Doppelleben und die Ermordung der Krankenschwester irgendwelche Schlüsse ziehen ließe. Die Affäre ist eine der geheimnisvollsten der letzten Jahre. Sie spielt in dem trüben Milieu der Pariser Lebewelt. Ein offenbar sehr wohlhabender, galanter Herr, der sich gewiß nicht zu kompromittieren wünscht, ist in den Fall verwickelt. Und darum braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Geheimnis, das über dem Tode der Krankenschwester Marie Gicquel schwebt, wahrscheinlich für immer ungeklärt bleiben wird.

Von der Deutschlandfahrt des „Graf Zeppelin“



In seinem Standquartier, dem Flugplatz Staaten bei Berlin, empfing der Kapitän des Luftschiffes den Besuch eines kleinen Bruders, eines

